

Benachteiligung und Verfolgung von Arabern im Iran

Von Dieter Karg, Leipzig, 29.05.07.

Die überwiegend schiitische arabische Bevölkerung im Iran stellt zwischen 3 und 8 Prozent der Gesamtbevölkerung dar. Die arabische Gemeinschaft lebt hauptsächlich in der Provinz Khuzestan an der Grenze zum Irak mit der Hauptstadt Ahwaz. Dies ist das Gebiet mit einem Großteil von Irans Ölreserven.

Dennoch ist die arabische Bevölkerung ist eine der wirtschaftlich und sozial am schlechtesten gestellten im Iran. Aus Berichten, die amnesty international erhielt, ergibt sich folgendes Bild:

Sogar dort, wo die Mehrheit der örtlichen Bevölkerung arabisch ist, ist es in Schulen nicht erlaubt, auf arabisch zu unterrichten. Die Analphabetenrate ist hoch, speziell unter den arabischen Frauen in ländlichen Gebieten um Ahwaz. Vielen Arabern wurde auch die Beschäftigung im Staatsdienst verweigert.

Viele Dörfer und Siedlungen haben kaum oder keinen Zugang zu sauberem fließendem Wasser, sanitären Einrichtungen oder Elektrizität. Die Wasserversorgung in der Stadt Ahwaz soll häufig unterbrochen sein, was anscheinend aus der Umleitung von Wasser aus dem Fluss Karun in Städte wie Isfahan und Sanandaj herrührt.

Zusätzlich ist die Enteignung von Land durch iranische Behörden laut Berichten so verbreitet, dass sie einer Politik der Vertreibung der Araber von ihren traditionellen Gebieten gleichkommt. Dagegen wird die Zuwanderung von Nicht-Arabern nach Khuzestan erleichtert.

Im April 2005 kam es erstmals zu großen Protesten in Khuzestan. Anlass für den Protest war das Bekanntwerden eines Briefes, der 1999 angeblich von einem Berater des Staatspräsidenten geschrieben worden war. Darin beschrieb der Verfasser politische Leitlinien für die Verringerung der arabischen Bevölkerung von Khuzestan einschließlich der Umsiedlung von Arabern in andere Regionen des Iran, die Ansiedlung von Nicht-Arabern in der Provinz und die Ersetzung arabischer Ortsnamen durch persische.

Im Oktober 2005 tauchte ein weiterer Brief auf, in dem Pläne für die Beschlagnahmung von 155 km² Land und die Enteignung aller Bewohner zur Errichtung einer Freihandelszone vorgestellt wurden.

Die daraufhin folgenden Demonstrationen und Unruhen wurden von Sicherheitskräften gewaltsam niedergeschlagen. amnesty international kritisiert in diesem Zusammenhang insbesondere:

Unangemessene Gewaltanwendung und massive Verhaftungen durch Sicherheitskräfte

Bei der Niederschlagung der Demonstrationen im April 2005 starben mindestens 31 Araber (möglicherweise sogar 54), Hunderte wurden verletzt und darüber hinaus Hunderte inhaftiert.

Nach Bombenanschlägen in der Stadt Ahwaz im Juni und Oktober 2005, die mindestens 14 Menschen töteten, und Anschlägen auf Ölförderanlagen im September und Oktober beschleunigte sich der Teufelskreis der Gewalt: wieder wurden Hunderte von Menschen verhaftet, darunter auch Vertreter arabischer kultureller Einrichtungen.

Am 4. November 2005 begannen einige Hundert Demonstranten mit einem Marsch auf das Zentrum von Ahwaz, wo ihnen iranische Sicherheitskräfte entgegen traten. Iranische Sicherheitskräfte feuerten Berichten zufolge Tränengasgranaten auf die Menge. Zwei arabische Jugendliche sollen dabei ertrunken sein, nachdem sie – vom Gas betäubt – in den Fluss Karun fielen. Dutzende, wenn nicht Hunderte von Demonstranten wurden festgenommen.

Mindestens drei Menschen sollen getötet und etwa 40 verletzt worden sein, als es am 11. und 12. Januar 2006 zu weiteren Zusammenstößen zwischen iranischen Sicherheitskräften und arabischen Demonstranten kam.

Weiteren Bombenattentaten am 24. Januar 2006, bei denen mindestens sechs Personen getötet wurden, folgten weitere Massenverhaftungen.

Hunderte von Arabern wurden seit Präsident Ahmadinejads Wahl verhaftet, und bei vielen ist zu befürchten, dass sie gefoltert oder misshandelt wurden. Die Gefängnisse in der Provinz Khuzestan und besonders der Hauptstadt Ahwaz sollen aufgrund der großen Zahl von Verhaftungen überbelegt gewesen sein. Ein ehemaliger Häftling schätzte, dass während seiner Haftzeit über 3.000 Gefangene im Karun-Gefängnis gewesen sein könnten, das nur für 800 Personen ausgelegt ist, und dass die Zellen so überfüllt waren, dass die Gefangenen in Schichten schlafen mussten. Das Ausmaß der Überbelegung führte zu extrem unhygienischen Bedingungen. Kinder im Alter von lediglich 12 Jahren sollen mit erwachsenen Gefangenen zusammengelegt worden sein. Einige der Inhaftierten sollen nach grob unfairen Prozessen vor Revolutionsgerichten zu Haftstrafen oder zum Tod verurteilt worden sein.

Damit ist ein weiterer Kritikpunkt von amnesty international genannt:

Unfaire Prozesse, Todesurteile und Hinrichtungen

Bislang wurden mindestens 12 Iraner arabischer Abstammung hingerichtet. Weitere wurden wegen „Feindschaft gegen Gott“ (mohareb) ebenfalls zum Tode verurteilt. Ihnen wird unter anderem zur Last gelegt, an den Bombenanschlägen beteiligt gewesen zu sein, staatsfeindliches Material verbreitet und die nationale Sicherheit gefährdet zu haben.

Zwei Männer wurden am 2. März 2006 öffentlich hingerichtet, nachdem sie der Beteiligung an den Anschlägen vom Oktober 2005 schuldig gesprochen worden waren. Ihre Hinrichtungen erfolgten nach unfairen Verfahren vor einem Revolutionsgericht, während denen ihnen der Zugang zu Anwälten verweigert worden sein soll. Ihre auf Video aufgezeichneten „Geständnisse“ wurden, zusammen mit denen von sieben anderen Männern, im Fernsehen gezeigt. Das hat eine lange Tradition im Iran. In früheren Fällen haben Menschen, die solche öffentlichen „Geständnisse“ abgelegt haben, später behauptet, dies getan zu haben, nachdem sie gefoltert oder misshandelt wurden.

Drei weitere Männer wurden am 19. Dezember 2006 hingerichtet. Die Körper der Hingerichteten wurden, wie es hieß, ihren Familien nicht zur Bestattung übergeben, und es gibt Befürchtungen, dass sie in einem nicht markierten Massengrab beerdigt wurden. Die Sicherheitskräfte hinderten laut Berichten andere Personen daran, die Familien zu besuchen, um ihnen ihr Beileid auszusprechen.

Am 24. Januar 2007 wurden weitere vier Männer exekutiert. Drei weitere Verurteilte wurden am 14. Februar 2007 hingerichtet.

Anfang Juni 2006 wandten sich sieben Anwälte in einem formellen Schreiben an den Präsidenten des betreffenden Revolutionsgerichtes und klagten über Unregelmäßigkeiten im Verfahren. Sie sagten, dass sie vom Datum des Verfahrens erst ein bis zwei Tage vorher benachrichtigt wurden und dass sie die Akten ihrer Mandanten nicht vollständig einsehen konnten. Weiterhin kritisierten sie, dass sie sich nicht ohne Überwachung mit ihren Klienten treffen konnten. Sie klagten auch darüber, dass Prozesstermine abgehalten wurden, ohne dass andere Beschuldigte oder ihre Anwälte anwesend waren.

Nach diesem Brief wurden im Oktober 2006 mindestens fünf der Anwälte wegen angeblicher Gefährdung der nationalen Sicherheit vor die Abteilung 7 des Revolutionsgerichts in Ahwaz zitiert, weil sie über den Prozessablauf geklagt hatten und ihren Protest auf Webseiten von Ahwazis im Ausland veröffentlicht hatten. Sie wurden laut Berichten gegen Zahlung einer Kaution freigelassen.

Ein letzter Punkt, der amnestys Besorgnis erregt, ist folgender:

Abschiebungen von iranischen Arabern aus Syrien

Besonders bedenklich ist, dass Syrien arabische Flüchtlinge aus dem Iran bedroht oder abgeschoben hat. Mindestens 5 Iraner arabischer Abstammung wurden inzwischen aus Syrien in den Iran abgeschoben, 5 weitere wurden nach Protesten offenbar aus der Abschiebehaft entlassen. Mindestens 4 der Abgeschobenen stehen nun im Iran vor Gericht und es droht ihnen die Todesstrafe.